

[Home](#) > [News](#)

Anteil gemeinnütziger Wohnungen sinkt - Gegenmassnahmen gefordert

sda
25.03.2015 - 15:05

Bewertung

Bewertungen: 1

Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen im Kanton Zürich sinkt kontinuierlich. Der Verband "wohnbaugenossenschaften zürich" appelliert an die Politik, diese Entwicklung zu stoppen. Immerhin habe sich das Stimmvolk wiederholt für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ausgesprochen.

Es gebe auch einen entsprechenden Verfassungsauftrag, der umzusetzen sei, hiess es an der Medienkonferenz vom Mittwoch in Zürich. Die steigenden Mieten hätten auch damit zu tun, dass im gesamten Kanton Zürich der Anteil der Wohnbaugenossenschaften in den letzten Jahrzehnten abgenommen habe, sagte Peter Schmid, Präsident der wbg zürich.

Trotz der grossen Bau- und Ersatzneubau-Tätigkeit der Wohnbaugenossenschaften in den letzten Jahren werde das Ziel, mehr günstigen Wohnraum zu schaffen, in Stadt und Kanton Zürich deutlich verfehlt, wenn nicht zusätzliche Massnahmen ergriffen würden.

Steigende Bevölkerungszahlen und sinkende Landreserven sowie steigende Mieten und Landpreise trotz sinkender Kapitalkosten verschärften die Wohnsituation.

Politische Massnahmen gefordert

Der Anteil der Genossenschaftswohnungen im Kanton Zürich ist in den letzten 45 Jahren von 10,5 auf etwa 7,6 Prozent gesunken und er gehe weiter zurück. Nur in der Stadt Zürich sei er gehalten worden. Ausserhalb von Zürich und Winterthur seien nur gerade 5 Prozent der Wohnungen im Besitz von Genossenschaften.

Der Verband wbg zürich fordere explizit kein Geld, sondern dass die Politik Massnahmen ergreife, um die bestehenden Volksbeschlüsse umzusetzen, schreibt er in einer Mitteilung. Auf Stadtzürcher Ebene gelte es, den 1990 vom Volk beschlossenen 100-Millionen-Franken-Rahmenkredit auszuschöpfen und zügig Liegenschaften "vom Markt" zu kaufen.

Die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) müsse verstärkt beim Kauf von Liegenschaften unterstützt werden. Und die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen solle mit ihrem Kapital Land und Liegenschaften kaufen, statt auf Baurechtsland der Stadt zu bauen.

Ferner verlangt der Verband, dass die im Bau- und Planungsgesetz ermöglichte Festlegung des Anteils an preisgünstigem Wohnraum bei Auf- und Umzonungen im ganzen Kanton zügig umgesetzt wird.

Teilen (0)

Teilen (0)

Teilen (0)

Weiterleiten

Tags: [Inland](#) [Wirtschaft & Börse](#) [News](#) [Wirtschaft & Finanzen](#) [Bau](#)

Weitere Artikel

[Jemen](#)[Comic](#)[Bauernschlaue Vierbeiner](#)[Schlagzeilen](#)[Alle >](#)